

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Soziales und Senioren  
Herrn Jochen Ott

Herrn  
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Haus Neuerburg  
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln  
Postanschrift:  
Postfach 103564 · 50475 Köln  
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841  
e-mail: [DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de)  
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

**AN/2006/ 2010**

## **Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Soziales und Senioren	02.12.2010

### **Zwangsräumung**

Sehr geehrter Herr Ott,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Senioren und Wohnen zu nehmen:

DIE LINKE wurde von mehreren besorgten Kölnern und Kölnerinnen angesprochen, die sich mit dem Problem des Abrutschens in Wohnungs- oder gar Obdachlosigkeit beschäftigen. So kommt es immer wieder vor, dass Menschen – aus welchen Gründen auch immer – ihre Wohnung beziehungsweise ihre Unterkunft verlieren oder dass sie ihnen genommen wird. Die Folgen sind oft Zwangsräumungen, in deren Folge das gesamte Hab und Gut der Betroffenen vernichtet und so ihre Existenzgrundlage zerstört wird. Ein selbst bestimmtes Leben ist danach nur sehr schwer vorstellbar und möglich.

Die Fraktion DIE LINKE bittet die Verwaltung deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Zwangsräumungen wurden in 2009 und bisher in 2010 in Köln vorgenommen und unter welchen Bedingungen, und welche Fristen galten für ihre Durchführung?
2. Wurde und wird den Betroffenen in diese Fällen von Seiten der Stadt Köln eine Unterkunft angeboten oder wurde bzw. wird Obdachlosigkeit in Kauf genommen?
3. Was geschieht mit dem Eigentum der Betroffenen nach der Zwangsräumung und mit welchen Fristen, was geschieht mit ihren Papieren und den Unterlagen für ihre berufliche

Existenzgrundlage wie z.B. einem Archiv von AutorInnen, JournalistInnen oder KünstlerInnen?

4. Erhalten die Betroffenen in dieser Zeit Hilfestellung oder Begleitung durch die Stadt Köln oder durch einen Träger?
5. Welche Maßnahmen werden ergriffen, damit die Betroffenen wieder beruflich Fuß fassen und ein selbständiges Leben führen können?

gez.

Gisela Stahlhofen  
Fraktionssprecherin

gez.

Jörg Detjen  
Fraktionssprecher